

VU packt ihr «Bürgerpaket» aus

Dreierlei Wohlklingend - aber mit wenig Konkretem: Im Rahmen ihres «Bürgerpakets» hat die VU je eine Interpellation zur Prämienverbilligung und zur finanziellen Situation im Rentenalter sowie ein Postulat zur Stärkung der Freiwilligenarbeit eingereicht.

VON HANNES MATT

Fraktionssprecher Günter Vogt, Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz und Parteipräsident Günther Fritz stellten gestern Massnahmen des von der VU lancierten Bürgerpakets vor. Insbesondere mit Blick auf die drei aktuellsten politischen Vorstösse - zwei Interpellationen und ein Postulat, die im September im Landtag behandelt werden sollen.

Prämienverbilligung ausweiten?

Bereits heute wird im Hohen Haus die ebenfalls zum «Bürgerpaket» zählende, von der VU geforderte Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags um vier Millionen Franken verhandelt. Kommt der Vorschlag bei den Abgeordneten durch, könne eine allfällige Prämienverbilligung von bis zu 10.40 Franken kompensiert werden, so die VU. «Diese Massnahme soll mindestens für 2019 als Prämienbremse dienen», sagt Fraktionssprecher Günter Vogt. «Damit wir Zeit gewinnen, um mit weiteren Massnahmen, zielgerichtet jene Bürger zu entlasten, die es am nötigsten haben.» So denkt die VU über eine Ausweitung der Prämienverbilligung nach. Dafür hat die VU nun eine Interpellation eingereicht. «Um auf der Basis von Zahlen und Fakten beurteilen zu können, wie sich die Situation nach einem Jahr Erfahrung darstellt und welche Kosten eine allfällige Ausweitung der Prämienverbilligung zugunsten einkommensschwacher Versicherter nach sich ziehen würde.» Hauptziel sei es, verschiedene Varianten durch die Regierung prüfen zu lassen.

Im zweiten aktuellen Vorstoss, der Interpellation «Für ein gutes Leben im Alter», möchte die VU mehr über das Thema «Altersarmut» in Erfahrung bringen. «Besonders betroffen sind Frauen im Pensionsalter, die jeden Franken nicht nur zweimal, sondern dreimal umdrehen müssen», gab VU-Präsident Günther Fritz zu bedenken. «Und sich so nicht einmal bescheidene Ferien leisten können sowie sich das Geld für Weihnachtsgeschenke an Enkelkinder oft «vom Mund absparen» müssen.» Bekommen also nicht alle eine angemessene Rente? Die Interpellationsbeantwortung durch das Gesellschaftsministerium soll hier Aufklärung bringen.

Freiwilligenarbeit auf «Zeit»?

Der dritte frisch eingereichte Vorstoss hat ein neues geldfreies Vorsorgesystem zum Inhalt - dies im Rahmen des angedachten VU-«Demografie-Prozent». Mittels eines Postulats wird die Regierung eingeladen, zu prüfen, ob sich eine «Zeitvorsorge» in Liechtenstein lohnen würde. Das System würde ehrenamtliches Engagement (beispielsweise in der Betreuung und Pflege von Kindern oder älteren Menschen) mit Zeitgutschriften honorieren, welche die Menschen dann einlösen können, wenn sie selbst auf freiwilliges Engagement angewiesen sind. Mit diesem Vorstoss soll ein weiterer Anreiz etabliert werden, Freiwilligenarbeit zu leisten. Ganz so neu ist das nicht - auch nicht in Liechtenstein. «Es gibt das Freiwilligenportal www.freiwillig.li - betreut durch den Seniorenbund mit einem Leistungsauftrag der Regierung», führt Günter Vogt aus. «Wirklich im gros-

sen Stil angelaufen ist diese Idee aber leider nicht.» In der nahen Schweiz und Österreich verzeichne das Modell «Zeitvorsorge» dagegen bereits grosses Interesse, so Vogt.

Flexibler AHV-Staatsbeitrag?

Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz zeigte danach weitere Handlungsfelder auf, in denen die VU noch Eingaben plant - beispielsweise bei der AHV. Die VU ist der Meinung, dass die starre und fixe Festlegung des Staatsbeitrags alleine nicht die Lösung sei, um die AHV zu stützen. Vor diesem Hintergrund werde ein parlamentarischer Vorstoss vorbereitet, der erneut vorsehe, dass der Staatsbeitrag mit einem bestimmten Prozentsatz an das Umlagedefizit der AHV gekoppelt wird. Auch dies wird als Beitrag an das «Demografie-Prozent» gesehen, «da man hier Rücklagen bilden kann, die man zweckgebunden für die Lösung demografischer Problemstellungen aufwendet». Genauso wäre auch die Bildung eines zweckgebundenen Fonds zur Bewältigung des demografischen Wandels eine Möglichkeit, zielgerichtet in die Zukunft zu planen. Dieser Fonds könnte beispielsweise als Startkapital eine Grundlage zur Finanzierung der Alterspflege bilden.

Die VU sei schlussendlich weiter bestrebt, mehr für Familien möglich zu machen. Neben der konstruktiven Mitarbeit an laufenden Themen wie der Kita-Finanzierung, der Erhöhung des Kindergelds oder allgemein der vernünftigen Verwendung der Gelder aus dem Topf der Familienausgleichskasse prüft die VU derzeit auch einen Vorstoss zur steuerlichen Begünstigung von Familien.



VU-Fraktionssprecher Günter Vogt, Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz und VU-Präsident Günther Fritz. (Foto: NV)